

Ist losen besser als wählen?

Die Politik steckt in einer Vertrauenskrise. Erste Kommunen und Länder experimentieren damit, Entscheidungsträger auszulosen, statt sie zu wählen. Hilft das gegen Politikverdrossenheit? Oder befördert es sie geradezu? Ein Ortstermin.

Jana Schäfer aus Blankenhain südlich von Weimar hat sich immer engagiert. Dennoch ist sich die 40-Jährige unsicher, ob sie ein politischer Mensch ist. Sie war bereits Elternvertreterin im Kindergarten und in der Schule. 13 Jahre alt ist ihre Tochter jetzt. Doch dabei blieb es für die gelernte Tischlerin bisher. Die zähen Stadtratssitzungen, die sie als Besucherin miterlebt hat, schreckten sie eher ab. "Wir haben in Deutschland keine gelebte Demokratie", sagt sie. Politik sei etwas für Spezialisten. "Warum dürfen die Bürger nicht öfter mitreden und abstimmen, so wie in der Schweiz?"

Nun durfte sie mitreden. Sie gehörte im Winter zu 72 Thüringerinnen und Thüringern, die sich Gedanken über die Zukunft ihres Bundeslandes machen sollten - und nebenbei an einem Experiment in Sachen Demokratie teilnahmen. Sie erstellten ein Bürgergutachten zur geplanten - und höchst umstrittenen - Verwaltungs- und Gebietsreform. "Endlich werden die Bürger auch außerhalb der Wahlen einmal gefragt", sagt Schäfer. Das Besondere ist: Schäfer und die anderen Thüringer wurden weder gewählt, von Parteien bestimmt noch nach ihrer Expertise ausgesucht. Es entschied das Los, in Form einer Zufallsziehung aus dem Gemeinderegister.

Lösung für Demokratie-Krise?

Von Donnerstagsmorgen bis Sonnabendnachmittag trafen sich diejenigen, die ihr Los annahmen, zu sogenannten Planungszellen. Stellvertretend für alle Bürger Thüringens diskutierten sie darüber, wie eine reformierte Verwaltung aussehen könnte - und was sie von der Regierung erwarten. Ganz oben stand die Förderung von Kindern und Familien, an zweiter Stelle die Herausforderungen der alternden Gesellschaft. Ob Schüler oder Unternehmer, Angestellte oder Rentnerin, Kellner, Arbeitsloser oder Unternehmer, jeder der Ausgelosten hatte das Recht und die Pflicht, sich vertieft Gedanken zu machen. Ohne Parteienproporz, ohne langjährige Seilschaften, ohne die nächste Wahl in den Blick zu nehmen.

Es ist ein Experiment, das eine Antwort bieten soll auf die - zumindest gefühlte - Krise der repräsentativen Demokratie. Und es ist längst kein Einzelfall. Wo demokratische Wahlen immer häufiger als Farce beschimpft werden und Politiker als Teil einer Elite, die sich von Teilen des Volkes entfernt haben, erhoffen sich immer mehr Gemeinwesen durch neue Verfahren mehr Akzeptanz. Oder sogar eine Erneuerung der Demokratie. In Wuppertal im Ruhrgebiet haben per Losverfahren bestimmte Bürger gerade die Vor- und Nachteile einer Seilbahn in der Stadt abgewogen. In Oberbayern machen sie sich Gedanken über ein Leitbild für die Region. In Grinzens in Österreich bestimmt ein ausgelostes Bürgergremium über die Unterbringung von Flüchtlingen.

Kann dieses Verfahren ein Vorbild für Bürgerbeteiligung sein? Ist die Lostrommel vielleicht sogar demokratischer als die Wahlurne? Und führt sie zu besseren Entscheidungen als Volksabstimmungen, bei denen am Ende oft gut organisierte Minderheiten mit einfachen Thesen den Ton angeben? Der belgische Historiker David Van Reybrouck würde Wahlen am liebsten ganz abschaffen. Sein im vergangenen Jahr veröffentlichtes Manifest "Gegen Wahlen" ist ein Bestseller. Die parlamentarische Demokratie sei in einer tiefen Krise, schreibt er. Anstoß für sein Buch bot ihm die 541 Tage dauernde Hängepartie, in der sein Heimatland Belgien nach den Wahlen 2010 ohne Regierung war. Die großen Parteien Flanderns und der Wallonie konnten sich nicht auf gemeinsame Kabinettsvorschläge einigen. Reybrouck suchte nach Alternativen und fand sie in der Antike. In den Stadtrepubliken Griechenlands wurden die meisten Posten per Los bestimmt. Die Philosophen sahen das Los, nicht die Wahl als wahre Form der Demokratie an. Reybrouck zitiert Aristoteles. Der schrieb im 4. Jahrhundert vor Christus: "So gilt es, will ich sagen, für demokratisch, dass die Besetzung der Ämter durch das Los geschieht, und für oligarchisch, dass sie durch Wahl erfolgt."

Die Hamburger Soziologieprofessorin Christiane Bender will auch Bundestagsabgeordnete per Los bestimmen. Nicht alle, "das würde einen Putsch oder eine Revolution voraussetzen". Aber 5 Prozent der Abgeordneten könnten aus der Bevölkerung ausgelost werden, erklärt sie. Diese hätten dann zwar kein Stimm-, aber Rederecht. Vor drei Jahren hat sie diesen Vorschlag bereits erstmals in einem Aufsatz vorgestellt - und findet ihn heute aktueller denn je. "Die Erfolge von Donald Trump und den Rechtspopulisten in Europa zeigen, dass es ein Bedürfnis gibt, auch andere Stimmen jenseits der etablierten Parteien zu Wort kommen zu lassen. Ich möchte, dass diese Stimmen gehört werden - und dass sie sich nicht nur an den Rändern des Systems artikulieren müssen." Dass die Parteien sich wieder stärker für Bürger jenseits der akademischen Klassen öffnen, erwartet sie in absehbarer Zeit nicht, auch wenn SPD-Hoffnungsträger Martin Schulz mit seinem Außenseiterimage erfolgreich ist. Also soll das Los für den Einbruch der Realität in den politischen Betrieb sorgen: "Lose faszinieren die Menschen. Und wenn wirklich jeder die gleiche Chance hat, den Seitenwechsel vom Wähler zum Abgeordneten zu vollziehen, ist das doch zutiefst demokratisch." Bender hat ihren Vorschlag auch in die Parteizentralen geschickt. Aus dem Willy-Brandt-Haus kam

statt einer Antwort nur eine Gegenfrage: "Das meinen Sie doch nicht im Ernst?"

Etwas Ähnliches werden sich auch viele Thüringer gedacht haben, als sie im vergangenen Herbst den Brief des Berliner Nexus-Instituts bekamen, der sie zur Planungsarbeit einlud. Das Institut hilft Verwaltungen, das Losverfahren zu organisieren. Drei Tage, davon zwei Arbeitstage, sollten die Ausgelosten für das Gutachten reservieren.

Man kann an dem Verfahren in Thüringen allerdings auch die Nachteile der Losverfahren studieren. So empfanden die ausgelosten Bürger das neue Verfahren zunächst vor allem als Alibiveranstaltung, um einen äußerst umstrittenen Beschluss zusätzlich zu legitimieren. 2000 Menschen wurden ausgelost, 96 hätten eigentlich teilnehmen sollen. Es wurden dann nur 72.

Besonders in der Region um Gera, wo auch Mirco Neubert wohnt, war der Rücklauf besonders schlecht. Der 43-jährige Unternehmer gehört ebenfalls zu den Ausgelosten. Er sitzt zwar im Gemeinderat, ist aber dennoch froh, einmal in der Landespolitik mitreden zu dürfen. Allerdings beschreibt er auch die Unzufriedenheit, die auf den Sitzungen herrschte. "Das war wie ein Pulverfass. Ein Streichholz hätte gereicht." Tatsächlich hat die rot-rot-grüne Landesregierung das Losverfahren erst in Gang gesetzt, als die Grundzüge der umstrittenen Gebietsreform bereits vom Landtag verabschiedet worden waren. Die ausgelosten Bürger konnten die Reform nicht zu Fall bringen, sie sollten auch nicht über Zuschnitte von Landkreisen diskutieren, sondern allein über Prioritäten. Es war eine Art "Losverfahren light".

Gegner haben gute Argumente

Am Ende stand dennoch ein Gutachten, das nun im Landeskabinett erörtert wird. Christine von Blanckenburg vom Nexus-Institut strukturierte die Debatte, lud Referenten ein und erarbeitete ein Bewertungssystem, nach dem das Gutachten erstellt wurde. Darin ist etwa zu lesen, dass Familienförderung und die Erreichbarkeit der Verwaltung im ländlichen Raum mehr Bedeutung beigemessen werden muss.

Die oppositionelle CDU lehnte das Verfahren von Anfang an ab: "Das ist die Illusion von Bürgerbeteiligung", schimpft Landes- und Fraktionschef Mike Mohring noch heute. Zu den Planungszellen wurden Vertreter aller Parteien eingeladen, von der CDU kam niemand.

Tatsächlich haben die Gegner der Losverfahren gute Argumente, warum in der Politik nicht das Los entscheiden sollte. Mohring argumentiert, er sehe nicht ein, dass die inzwischen in Thüringen gesammelten 47 000 Unterschriften gegen die Verwaltungsreform weniger wert sein sollen als die Arbeit von 72 Bürgern. Von Blanckenburg hält das für ein Missverständnis. "Wir wollen die repräsentative Demokratie nicht zurückdrängen, sondern ergänzen", sagt sie. Die Frage ist nur, ob beides geht.

Bei Jana Schäfer hat die Teilnahme die Politikbegeisterung geweckt. Sie überlegt jetzt, ob sie für den Stadtrat kandidieren soll. Ganz herkömmlich per Wahl.

Zitat-Text:

Wir wollen die Demokratie ergänzen.

Christine von Blanckenburg, Nexus-Institut Berlin

Jan Sternberg

Bildunterschrift: Sie wurden ausgelost und erhielten die Einladung zu drei Tagen intensiver Bürgerarbeit über die Zukunft Thüringens: Jana Schäfer (40), Möbelverkäuferin aus Blankenhain bei Weimar, und -Mirco Neubert (43), Unternehmer aus Rückersdorf bei Gera. Schulz (2)

Quelle:	Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 16.03.2017 Seite 3
Ressort:	Blick in die Zeit
Dokumentnummer:	doc6u2oswv3v2f1gvxu3j9e

Dauerhafte Adresse des Dokuments: https://www.wiso-net.de/document/HAZ_doc6u2oswv3v2f1gvxu3j9e

Alle Rechte vorbehalten: (c) Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG